

Ein asymmetrisches Manöver

Gedanken zur Rückgabe der Benin-Bronzen an Nigeria

geschrieben von Patrick Bahners

Im Dezember 2022 reiste die damalige deutsche Außenministerin Annalena Baerbock nach Nigeria, um die Übereignung der sogenannten Benin-Bronzen aus deutschem Museumsbesitz symbolisch und tatsächlich zu vollziehen. Die frühere Parteivorsitzende der Grünen hob in ihrer Rede in der Hauptstadt Abuja hervor, dass sie in Begleitung einer der größten Delegationen erscheine, mit der sie »als Außenministerin je gereist« sei. Nun hatte ihre Amtszeit zum Zeitpunkt ihres Besuchs in Abuja gerade einmal die erste Jahresmarke überschritten, aber dass sie über diesen Abschnitt ihrer Laufbahn wie über eine historische Epoche sprach, deren Weiträumigkeit Anlässe zum Staunen über den Wandel von Größenverhältnissen auch im geschäftlichen Alltag bietet, illustriert, dass sich die Chefdiplomatin der Bundesrepublik auf einer besonderen Mission befand. Der imposanten Menge von figürlichen Darstellungen der Hofkunst des untergegangenen Königreiches von Benin, die der von deutscher Seite erklärte Eigentumsverzicht zugunsten Nigerias umfasste, entsprach die Masse der von Baerbock aufgebietenen menschlichen Assistenzfiguren mit ihrer für auswärtige Kulturpolitik zuständigen Staatsministerin und der im gleichen Rang im Bundeskanzleramt angesiedelten Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien an der Spitze.

Aber der Sinn des zeremoniellen Personalaufwands erschöpfte sich nicht in der konventionellen diplomatischen Geste der Schmeichelei durch ostentativen Ressourceneinsatz. Mehrere Museumsdirektoren befanden sich in Baerbocks Gefolge, und die Ministerin versuchte den Eindruck zu erwecken, dass die staatliche Aktion der als Rückgabe ausgeflaggten Übergabe das Ergebnis eines zivilgesellschaftlichen Projekts war. Die im Außenverhältnis zu Nigeria zugesagte und vorgenommene Handlung gab etwas über die Innenseite der öffentlichen Verhältnisse in Deutschland zu erkennen. In der ministeriellen Rhetorik verschwand der Akt der Eigentumsübertragung beinahe hinter dem »Prozess«, der zu ihm geführt hatte. Prozess, das heißt Partizipation und Diversität. Wo ein Prozess in Gang ist, muss vom Willen dahinter nicht die Rede sein. Die »Bereitschaft miteinander zu sprechen und zuzuhören« soll gemäß Baerbocks emphatischer Versicherung die »Rückgaben möglich gemacht« haben.

Ohne Gespräche kommt man freilich nie zu zwischenstaatlichen Abmachungen. Hier war die Rede von der Redebereitschaft der Deutschen, von einer Sprechfähigkeit unabhängig von juristischer Kompetenz und demokratischer Legitimität. Nicht selbstverständlich ist Redebereitschaft in Therapiekontexten und Verhörsituationen, im Bereich der Gewissensprüfungen. Der Begriff des Tabus fiel in Baerbocks Rede nicht, musste aber auch nicht fallen. Die Vorstellung, dass deutsche Schuld am Kolonialismus lange schuldhaft beschwiegen worden sei, wurde als bekannt und zutreffend vorausgesetzt. Baerbock sagte: »Die Rückgabe der Bronzen heute ist ein entscheidender Schritt in Richtung dahin, wie wir mit diesem Kapitel umgehen sollten: offen, aufrichtig, mit der Bereitschaft, die eigenen Handlungen kritisch zu bewerten.« Die erste Person Plural in diesem Satz ist kein Pluralis globalis der postkolonialen Weltgemeinschaft. Der Sache nach durften sich zwar wenigstens andere Gesellschaften des globalen Nordens mitgemeint fühlen, die wie Deutschland Kolonien besessen oder vom Kolonialwarenhandel profitiert hatten, aber eigentlich war Baerbocks Perspektive selbstbezogen. Der Erziehung zur kritischen Bewertung eigener Handlungen hatte Deutschland seinen Schatz an Bildwerken aus Benin zum Opfer gebracht, um den seine Museen ein Jahrhundert lang von aller Welt beneidet worden waren, weil der Afrikakurator der Berliner Museen, der Österreicher Felix von Luschan (in Baerbocks bürokratischer Diktion ein »Amtsträger aus meinem Land«), früher als andere den Rang dieser Kunst erkannt hatte.

Der Tag von Abuja markiert im Rückblick den Höhepunkt eines Formwandels der auswärtigen Kulturpolitik, die Umstellung von Staatsinteressenvertretung, Kulturwirtschaftslobbyismus und Eigenwerbung auf moralische Bildung. Die als »Fortschrittskoalition« angetretene sozialdemokratisch-grün-liberale Bundesregierung konnte hier ein so kostspieliges wie eindeutiges

Zeichen setzen. Ein einheitlicher Auftritt just im Zuge des Abschieds von hergebrachten Formen werbender Repräsentation gelang der Ampel-Kulturdiplomatie, weil Kulturstaatsministerin Claudia Roth als Amtschefin der BKM-Behörde den philosophisch geschulten Juristen Andreas Görden engagierte, der im sozialdemokratischen Auswärtigen Amt der Merkel-Regierungen eine ideengesteuerte Kulturpolitik betrieben hatte, mit der Doppelstrategie der Vernetzung mit aufstrebenden weltpolitischen Akteuren jenseits des Kreises der alten Großmächte und der Horizonterweiterung der intellektuellen Debatten in Deutschland.

Die postkoloniale Akzentuierung der Außenbeziehungen der Ära Baerbock-Roth, der im Inneren der gescheiterte Versuch einer Erweiterung der vom Bund geförderten Gedenkstättenlandschaft entsprach, stieß auf heftige Kritik, die darauf verweisen konnte, dass die Kolonialzeit in der deutschen Geschichte im Vergleich zu den einstigen Weltmächten Westeuropas nur eine Episode gewesen war, weshalb die Belehrung über die Bedeutung dieser Zeit zwangsläufig etwas Überdidaktisches hat und Spekulationen über sozialpsychologische Fern- und Tiefenwirkungen die Evidenz außenwirtschaftlicher und institutioneller Kontinuitäten ersetzen müssen. Die Kritiker sahen allerdings darüber hinweg, dass die als Lehrstück aufgefasste Kolonialgeschichte eine handliche Moral für eines der wichtigsten Handlungsfelder der durch die Bundestagswahl von 2021 ins Amt gelangten Bundesregierung enthielt: die im Namen der Rettung des Klimas betriebene globale Umweltpolitik. Ausbeutung des Planeten durch systematische Fahrlässigkeit, ungleiche Lebenschancenzuteilung für ganze Völker durch den Zufall geografischer Geburt, Mitschuld durch Wegschauen trotz effektiver Regulierung der Weltwirtschaft durch Übereinkünfte der Hauptakteure – zwanglos ließ sich die Konservierung des fossilen Energieregimes als Neokolonialismus darstellen. Die AfD, die der Bekämpfung des Klimawandels den Kampf angesagt hat, opponierte nach diesem Muster als einzige parlamentarische Kraft gegen die neue Kulturgutschutzpolitik unter dem Leitprinzip der globalen Restitution. Mit Recht konnte Baerbock in Abuja darauf verweisen, dass der Prozess der Aussortierung der Benin-Bronzen aus den deutschen Museumsbeständen schon unter der Vorgängerregierung eingeleitet war, in der eine Christdemokratin das Amt der Kulturstaatsministerin geprägt hatte. Populistischen Wind konnte die AfD als selbsternannte Schutztruppe der deutschen Museumsdepots nicht machen, der Verlust des Versicherungswerts der verschenkten Kunstwerke blieb abstrakt neben der Erhöhung der Heiz- und Fahrkosten, mit der die Klimagesetzgebung jeden Haus- und Autobesitzer bedrohte.

Die Akzeptanzprobleme einer auswärtigen Kulturpolitik der beispielhaften Bewusstseinsbildung traten eher dort hervor, wo sich diese Politik nominell immer noch zu bewähren hatte, im direkten Kontakt zu den auswärtigen Staaten. Dass Restitutionen einen Prozess einleiten, in dem sich die nehmende Seite ähnlich selbstkritisch zu Handlungen des eigenen Zuständigkeitsraums verhalten, mag man hoffen, aber über diese Hoffnung muss Stillschweigen gewahrt werden. Dass eine Macht moralischen Einfluss auf eine andere nehmen möchte, lässt sich vor dem Horizont der aus der Souveränität hervorgehenden Egalität der Staaten ohnehin kaum artikulieren. Erst recht gilt das, wenn Wiedergutmachung die Maxime der Stunde ist. Mag also die selbstkritische Wendung der Außenselbstdarstellung eines Staates ideologiekritisch immer noch als Fortsetzung der zivilisatorischen Mission des imperialistischen Zeitalters eingeordnet werden können, als moralischer Luxus, den sich nur eine privilegierte Macht leisten kann, so wird man den Druck, der von diesem Beispiel ausgeht, gleichwohl gering veranschlagen. Falls die Herausgabe der Benin-Bronzen als Einladung zur Nachahmung eines Souveränitätsverzichts gedacht war, wie er nach westeuropäischer Erfahrung die Voraussetzung für die Bildung effektiverer politischer Einheiten ist, führte die Scholz-Baerbock-Lindner-Regierung diesen Zug in einer Umwelt aus, in der er ein asymmetrisches Manöver bleiben musste. Nach dem Buchstaben der in Abuja zelebrierten Abmachung erhielt der nigerianische Staat die Benin-Bronzen zu souverän, das heißt freier Verfügung, und durchaus glaubwürdig konnte die deutsche Partei versichern, dass sie durch die spätere Überweisung der Kunstschatze ins Privateigentum des völkerrechtlich nicht souveränen Königs von Benin weder überrascht noch getäuscht worden sei.

In ihrer überschießenden Großzügigkeit dürfte die Weggabe des Komplettbestandes eines

Sammlungsschwerpunkts der deutschen Museen die Art von Geste gewesen sein, die nicht so schnell Nachahmer findet. Der Berliner Historiker Sebastian Conrad erinnert in seinem Buch über die globale Karriere der Nofretete daran, dass die Büste der Königin schon zweimal um ein Haar nach Ägypten zurückgegeben worden wäre, in der Weimarer Republik und von der Regierung Adenauer. Beide Male war das Kalkül, guten Willen für einen deutschen Staat zu erwerben, der neue Alliierte benötigte und in einer postkolonial umgestalteten Welt finden konnte. Beide Male überwog am Ende eine skeptische Einschätzung der durch den Verzicht einzutreibenden Dividende. Das historische Beispiel gibt Grund zu der Frage, ob der Formwandel der auswärtigen Kulturpolitik in der Ampel-Ära nicht eher ein Oberflächenphänomen war. Das deutsche Interesse in der Definition durch die deutsche Regierung blieb bestimmend. In einer Zeit weltpolitischer Polarisierung, die von der Furcht der Regierenden vor innenpolitischer Polarisierung begleitet wird, dürfte das Interesse an einer Außenwerbung, die deutsche Unsicherheit ausstellt, rasch schrumpfen.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 9/2025](#).